

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 22 (1981)  
**Heft:** 22

**Artikel:** Warner in Polen  
**Autor:** [s.n.]  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1094508>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Warner in Polen

«Diener Moskaus» hatte Marian Jurczik, der Solidarnosc-Regionalchef von Stettin, die «meisten» Sejm-Abgeordneten genannt. Man liess ihn festnehmen, als ob man beweisen müsste, wie recht er hat.

Gegen die Welle von regional oder lokal ausgerufenen Streiks haben sich sowohl das Parlament als auch die Solidarnosc-Führung gewandt. Der Sejm liess es mit einer dringenden Aufforderung bewenden, zur Arbeit zurückzukehren, obwohl die Partei ein rechtliches Streikverbot gefordert hatte. Immerhin droht das Parlament mit «allen erforderlichen Massnahmen» für den andern Fall.

Der Landesvorstand der Gewerkschaften seinerseits beharrt auf dem Streikrecht, warnt aber vor dessen wilden Gebrauch. Ihm geht es um den Erhalt einer Streikwaffe, die sich kontrolliert handhaben lässt.

Die ZK-Beschlüsse vom 18. Oktober (siehe letzte Nummer) hatten in Polen eine allgemeine Beunruhigung ausgelöst. Sie betraf nicht so sehr das von Jaruzelski eingeführte System militärischer Aufsicht als vielmehr das Projekt, via eine Gesetzesvorlage ein Streikverbot zu erwirken. Man hat das als Versuch verstanden, die Arbeiterklasse und das Volk zu entwarnen.

Das Argument von der Ruinierung des Landes durch die Streiks zieht nicht. Die neuesten Angaben bestätigen die wirkliche Schadenproportion: In der ersten Hälfte dieses Jahres fiel pro Beschäftigten ein Arbeitstag wegen Streiks aus. Aber in der gleichen Zeit gingen wegen Planungsfehlern und schlechter Verwaltung sieben Arbeitstage pro Beschäftigten verloren.

In Polen holt man — sonst ein Tabu für sozialistische Verhältnisse — den Sinn des Wortes «Partei» wieder hervor. Die Solidarnosc fragt, wieso eigentlich die Beschlüsse einer Partei ausserhalb ihrer Reihen verbindlich sein sollten. Hier kommt hinter allem Seilziehen die fundamentale Konfrontation zum Vorschein.

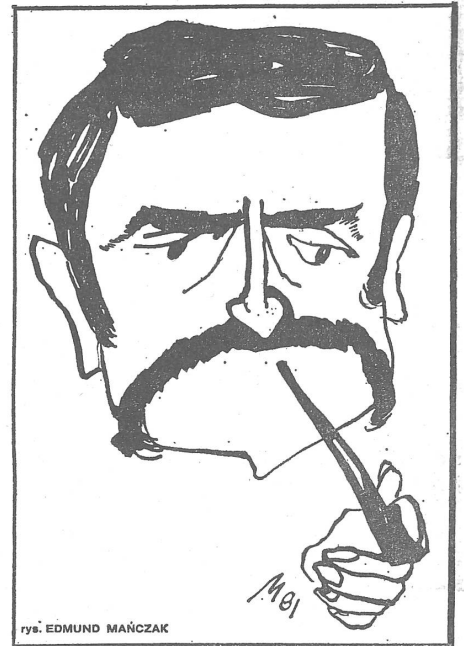
Politbüromitglied Stefan Olszowski, Leiter der ZK-Propaganda-Abteilung, betont in jeder Rede, die er auf Parteiversammlungen hält: «Allein auf der Grundlage der Beschlüsse des 5. (Partei-) Plenums (vom 18. 10. 1981) kann die Solidarnosc ihre Pflicht erfüllen.» Aber die Antwort der Gewerkschafter fällt unmissverständlich aus: «Partei-beschlüsse sind nur für Mitglieder oder Anhänger der Partei verbindlich. Wir sind weder Parteimitglieder noch Marxisten.»

Aber auch die besonders strammen Genossen von Sicherheitsdienst und Moskowiterngruppen handeln nicht nach der ausgegebenen Parteilinie. Ihre Provokationen gehen weiter.

● In Wroclaw und Katowice hat der Sicherheitsdienst versucht, die Gewerkschaftsmitglieder gewaltsam einzuschüchtern. Man hat die Verteilung gewerkschaftlicher Publikationen verhindert und Arbeiter verhaftet. Das führte zu einem spontanen Aufruhr. Die SD-Leute waren nicht nur gezwungen, die Verhafteten wieder freizulassen, sondern mussten auch noch die Arbeiterordnungsdienste bitten, sie vor der aufgebrauchten Menschenmenge zu schützen.

● Rund 20 Mitglieder des prosovjetschen Katowicer Forums besetzten (nach Rücksprache mit der Sowjetbotschaft?) das Parteibüro im Stahlwerk von Katowice und beschuldigten die Parteiorganisation, den Feinden des Sozialismus als Handlanger zu dienen. Aber der erhoffte Eklat blieb aus, da man das Häuflein dürftig getarnter KGB-Agenten einfach ignorierte.

Die Lage im Land bleibt ernst und gespannt. Trotz der schlechten Wirtschaftslage und dem drohenden Hunger tut die Partei nichts, um die



Lech Walesa: Die Pfeife am Glimmen erhalten, ohne (Zeichnung «Szpilki», Warschau, 25. 10. 1981) sie auflodern zu lassen.

Produktion anzukurbeln und die versprochenen Wirtschaftsreformen durchzuführen.

Das sozialistische System ist eben nicht darauf eingerichtet, den Versorgungsbedarf der Volksmassen zu erfüllen. Sein Funktionsprinzip heisst «Macht». Ein Volk, das genügend Angst hat, «glaubt», was man ihm verspricht. Die Methode hat sich in der UdSSR selbst lange genug bewährt, aber in Polen versagt sie jetzt.

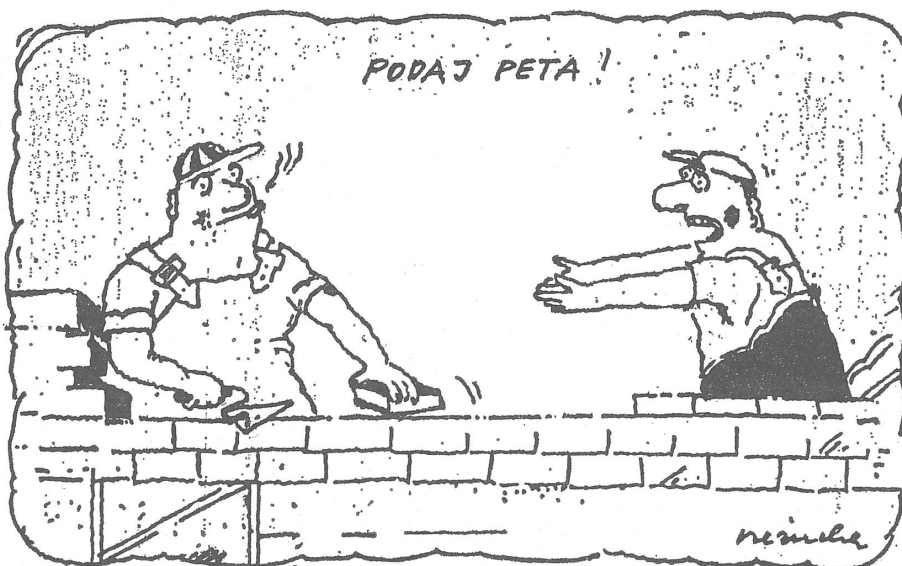
Die Notlage hat zu einer Reihe von spontanen Streikbewegungen geführt, die ausserhalb der Kontrolle auch der Solidarnosc-Führung stehen. Von der Streikwelle sind 36 der 49 Wojewodschaften erfasst worden.

Auf Druck von unten musste die Solidarnosc den landesweiten Warnstreik von einer Stunde für den 28. Oktober ausrufen. Doch wählte man die Mittagszeit, um grössere Produktionsausfälle zu vermeiden. Auch nahm man Bergwerke, Lebensmittelindustrie und andere ausgewählte «Sektoren» vom Streik aus.

Dem Streik vorausgegangen war eine massive Einschüchterungspropaganda der Partei. Die Massenmedien hatten den Gewerkschaften vorgeworfen, den Sozialismus vernichten zu wollen, und vor dem unausweichlichen schlimmen Ende eines solchen Versuchs gewarnt.

Gerade deshalb verlangte die Gewerkschaftsbasis einen demonstrativen Beweis dafür, dass man sich nicht durch Drohungen erpressen lasse. Der Streik war denn auch ein Erfolg. In Schlesien, in Warschau, Nova Huta und andern Industriezentren kam man auf eine nahezu hundertprozentige Teilnahme. Arbeitermilizen und Studenten sorgten für einen disziplinierten Ablauf ohne Alkoholkonsum.

Jetzt liegt die parlamentarische Gegenwarnung vor. Aber wenn ihr die Polizei nachhilft, indem sie gegen regionale Gewerkschaftssprecher losschlägt, werden die werktätigen Massen nur zur Wut gereizt. Die «nationale Versöhnung» kommt auf Erpressungsgrundlage nicht zustande. *gd*



Gib mir den Ziegel? Nein: «Gib mir den Stummel.»

(Szpilki), Warschau, 25. 10. 1981)